

Dreh an der Mehrwertsteuer-Schraube wäre der falsche Weg

Eine solche Erhöhung ist nicht nur sozial problematisch, sondern verletzt auch die Prinzipien einer funktionierenden **Marktwirtschaft**

In diesen Tagen veröffentlichen unsere Parteien ihre Programme für die Zeit nach der Wahl. Wie finanziert werden soll, was jetzt versprochen wird, ist nicht immer klar. Einige Parteien, wie z.B. CDU/CSU und FDP, glauben sogar, Steuersenkungen versprechen zu können, trotz hoher Staatsschulden. Wie das gehen soll? Die Mehrwertsteuer wird erhöht. Erinnern wir uns an die letzte Wahl: Die Union warb für eine Erhöhung von 2 Punkten, also von 16 auf 18 Prozent. Die SPD bezeichnete die Erhöhungsabsicht als „Merkelsteuer“. Nach der Wahl waren es dann nicht nur 2 sondern 3 Prozentpunkte.

Eigentlich ein tolles Stück. Aber ich bin dessen sicher, das Stück wird nach der Wahl noch einmal aufgeführt. Dafür sprechen einige Indizien. Ein politisches Indiz: die freimütigen Versprechungen, allerlei andere Steuern zu senken. Außerdem wiederholte Erklärungen aus der Wissenschaft: So wirbt etwa der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Klaus Zimmermann schon seit Längerem auffallend beständig für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 25 Prozent. „Die höhere Mehrwertsteuer kommt“ schrieb er in der FAZ vom 3. Juni und dann wieder bei Spiegel-Online vom 27. Juni. Auch andere Ökonomen und Politiker wie Ministerpräsident Öttinger werben für eine höhere Mehrwertsteuer. Trotz aller Dementis von Seiten der Bundeskanzlerin wird diese Erhöhung vermutlich kommen.

Das ist nicht nur eine weitere unsoziale Tat, weil die Erhöhung der Mehrwertsteuer jene Familien voll trifft, die ihr Einkommen ausgeben müssen, um über die Runden zu kommen. Die weitere Verschiebung der Steuerlast auf die Mehrwertsteuer verletzt zusätzlich die ansonsten so hoch gehaltenen Prinzipien einer funktionierenden Marktwirtschaft.

Nach dieser Theorie der Marktwirtschaft sind Steuern das Entgelt für öffentliche Leistungen. Wenn in die Produktion eines Gutes öffentliche Leistungen eingehen – das dürfte die Regel sein –, dann ist es zur Optimierung zwingend erforderlich, entsprechende Steuern oder Abgaben zu erheben.

Es ist zum besseren Verständnis – hier wie in anderen Fällen auch – sinnvoll, sich die Vorgänge in einer Volkswirtschaft in realen Größen und nicht in Geldströmen vorzustellen. Konkret: In die Produktion eines großen Betriebes wie beispielsweise der Tognum AG in Friedrichshafen oder – in meiner Region – der BASF in Ludwigshafen fließen ähnlich wie beim Handwerker oder Einzelhändler öffentliche Leistungen ein: die Verwaltungsleistungen der Stadt und des Umlands, die Arbeit der Polizei, die Leistungen des staatlich geförderten Nahverkehrs; die Unternehmen greifen auf die Vorleistungen der staatlichen Bildungseinrichtungen zurück, also auf Leistungen des Landes, der Gemeinden und der Landkreise. Die Vorprodukte werden auf Straßen, auf der Schiene oder im Falle



Albrecht Müller
war unter den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt Leiter der Planungsabteilung des Bundeskanzleramtes. Der Volkswirt arbeitet heute als freier Autor. Am 21. August erscheint sein neues Buch „Meinungsmache“.

Ludwigshafens auf dem Rhein ans Werk transportiert; die Fertigprodukte gehen auf gleiche Weise an die Kunden – immer mit Unterstützung der öffentlichen Hände.

Es ist selbstverständlich nicht nur gerecht, sondern ökonomisch sinnvoll, dass die Unternehmen, im konkreten Fall z.B. die BASF, diese öffentlichen Leistungen mit Steuerzahlungen und Abgaben entgelten. Wenn die Zahlungen ungefähr dem Wert der Leistungen entsprechen, kann man von einer optimalen Allokation sprechen.

Wenn nun, wie von Zimmermann und anderen gefordert, der Anteil der Mehrwertsteuer am Steueraufkommen weiter zu Lasten der Mehrwertsteuerzahler und zu Gunsten der Zahler von direkten Steuern wie Einkommens-, Gewerbe-, Vermögens- und Körperschaftsteuer erhöht wird, dann wird die exportorientierte Wirtschaft tendenziell entlastet und die für den Binnenmarkt arbeitende Wirtschaft tendenziell mehr belastet. Die Mehrwertsteuer wird nämlich beim Export rückerstattet. Das heißt im konkreten Beispiel: Die BASF mit ihrem hohen Exportanteil wird entlastet, die Handwerker und die anderen für den heimischen Markt arbeitenden Gewerbetreibenden und selbstverständlich ihre Kunden, die Konsumenten, werden tendenziell mehr belastet. Die Exportwirtschaft kommt also nicht mehr voll für die Leistungen auf, die die öffentlichen Hände zu Gunsten der Produktion dieser Unternehmen erbringen. Die Handwerker, die Einzelhändler und die Industrie mit Schwerpunkt Binnenmarkt schultern einen größeren Teil der gesamten Steuerlast. Sie übernehmen Belastungen, die die Exportwirtschaft bei einer weiteren Verschiebung in Richtung Mehrwertsteuer loswird.

In Deutschland wird eine solche Verschiebung offensichtlich unter dem Eindruck der Verherrlichung des Exportes und der starken Lobby der Exportindustrie für richtig erachtet. Die Bundeskanzlerin misst den Erfolg ih-

rer Politik erklärtermaßen auch daran, dass Deutschland Exportweltmeister bleibt, beziehungsweise wieder wird. Das ist ein ziemlich merkwürdiges Ziel, weil es Ziel einer verantwortungsvollen Politik eigentlich nur sein kann, auf Dauer ausgeglichene Leistungsbilanzen zu erreichen. Ein Wettbewerb mit anderen Ländern um Leistungsbilanzüberschüsse hat mit Vernunft wenig zu tun. Hinzu kommt überdies, dass Leistungsbilanzüberschüsse auf Dauer zu erzielen, bedeutet, dass man auf den realen Nutzen von hart erarbeitetem Wohlstand verzichtet. Von Krediten an die amerikanische Volkswirtschaft, was aus Leistungsbilanzüberschüssen folgt, werden wir nicht satt. Wir essen auch keine Dollarnoten.

Zur praktischen Konsequenz dieser Überlegungen: In der jetzigen Situation ist die weitere Entlastung der Exportwirtschaft und die zusätzliche Belastung der Binnenwirtschaft falsch – konjunkturpolitisch, sozialpolitisch und wegen der falschen Allokation. Vielleicht sollte sich der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung ein bisschen Fortbildung gönnen. Sowohl der Wissenschaft als auch dem Ergebnis marktwirtschaftlicher Prozesse in Deutschland täte die Wiederentdeckung der Theorie von den Marktprozessen und der optimalen Allokation jedenfalls gut.

@ Alle Beiträge der wöchentlichen Rubrik „So sehe ich es“ unter:
www.suedkurier.de/blickwinkel